

AZ-Kommentar

Große Probleme und kreative Lösungen



Jürgen Eisenbrand: Der stv. Chefredakteur über Konsequenzen der Energiewende

Es klingt zunächst ein wenig verrückt: Strom aus deutschen Windkraftanlagen fließt nach Norwegen, um dort in Stauseen gespeichert zu werden (Seite 1). Aber ist es wirklich verrückt?

Die Bundesregierung hat nach dem Super-Gau von Fukushima die Energiewende ausgerufen, und sie hat seitdem gravierende Probleme zu lösen. Eines davon: Wie und wo kann man Öko-Strom aus Sonne und Wind bis zu jenem Moment speichern, in dem er tatsächlich benötigt wird? Eine Lösung: Pumpspeicherwerke, wie sie Norwegen jetzt ins Spiel bringt.

Das Angebot aus Skandinavien könnte also durchaus ein Baustein der Energiewende sein, dem allerdings viele weitere folgen müssen. Und zwar auch hier bei uns. Man kann nicht gegen Strom aus Kohle und Atom sein – und gleichzeitig gegen Speicherseen, Stromtrassen, Biogas-Anlagen, Wasser- und Windräder vor der eigenen Tür.

Wer die Energiewende will, muss mit Konsequenzen leben, auch wenn sie ihn mal selbst betreffen. Und er muss kreativ sein bei der Suche nach Problemlösungen – auch wenn sie zunächst verrückt klingen.

DAVID CAMERON

Mitarbeiter entsorgt wichtige Regierungs-Papiere im Park

LONDON Abfall-Skandal in Großbritannien: Staatsminister Oliver Letwin, rechte Hand von Premierminister David Cameron (Foto), hat innerhalb von fünf Tagen über 100 Dokumente in Mülleimer im Londoner St. James Park nahe dem Buckingham Palace geworfen – ohne sie unkenntlich zu machen. Reporter des „Daily Mirror“ fischten die Papiere aus dem Abfall. Darauf: brenzlige Informationen über die Lage in Pakistan, den britischen Geheimdienst und die missglückte Befragung von Terrorverdächtigen. Oliver Letwin scheint mit Datensicherheit wohl nichts am Hut zu haben. Er selbst hält die Dokumente für nicht sensibel – ob Premier David Cameron das auch so sieht?



HUBERT AIWANGER

FW-Chef sieht Chancen auf Amt des Ministerpräsidenten

MÜNCHEN Der Chef der Freien Wähler in Bayern, Hubert Aiwanger (Foto), glaubt, dass er ebenfalls Chancen hat, der nächste bayerische Ministerpräsident zu werden: „Wenn wir einen guten Wahlkampf machen und gut abschneiden: Schauen mer mal!“ Mit Blick auf die Landtagswahlen 2013 ist sich der Spitzenkandidat nämlich nicht sicher, „dass die Freien Wähler schwächer sind als die Grünen oder die SPD“. Die Medienwelt habe sich nur einfach „darauf eingeschossen“.



CHRISTIAN WULFF

Bundespräsident fliegt für Kurzbesuch nach Afghanistan



KABUL Überraschend ist Bundespräsident Christian Wulff (CDU, Foto) gestern in Afghanistan eingetroffen. Während seines Kurzbesuchs wird er sich unter anderem mit Staatspräsident Hamid Karzai treffen. „Ich bin nach Afghanistan gekommen, um deutlich zu machen: Deutschland wird Afghanistan nicht im Stich lassen.“ Christian Wulff ist zum ersten Mal in dem Land und wird auch mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen sowie mit Frauen- und Menschenrechtlern sprechen.

Frisst die Krise unsere Altersvorsorge?



Beim G20-Treffen in Paris stimmte Finanzminister Wolfgang Schäuble einem umfassenden Rettungspaket zu.

Die EU-Staaten basteln an einem neuen Rettungspaket

Von Severine Weber

BERLIN/PARIS Die Schuldenkrise macht nicht nur die EU und die restliche Welt nervös, sondern auch Millionen Deutsche. Denn die sorgen sich um ihre Rente und Altersvorsorge. Spätestens in sechs Tagen könnte ihr Traum vom sorgenfreien Ruhestand nämlich platzen. Pünktlich zum EU-Gipfel am 23. Oktober müssen sich die EU-Staaten auf eine Lösung der Schuldenkrise einigen. Das forderten die Finanzminister und Notenbankchefs der Top-Wirtschaftsmächte beim G20-Treffen in Paris.

Die EU hat zugesagt. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bleibt optimistisch: „Wir sind auf einem guten Weg.“ Das geplante Rettungspaket soll die europäischen Banken ausreichend mit Kapital ausstatten, damit diese aktuelle Risiken bewältigen können. Auch eine Lösung für das hochverschuldete Griechenland werde angestrebt. Dagegen schloss Schäuble eine Ausweitung des EFSF-Rettungsschirms aus. Umstritten ist allerdings, ob Banken weiterungsweise von Staaten mit Kapital gestärkt werden. Deutschland ist dafür. Doch

das würde den Steuerzahler erneut beuteln.

Und auch Vorsorgesparen haben wegen der Krise derzeit wenig zu lachen. Ausgerechnet um die deutschen Versicherungsgesellschaften steht es schlecht. Denn der Großteil der Ersparnisse der Kunden ist in Staatsschuldtitel und Bankanleihen angelegt – mit Blick auf die verschuldeten EU-Länder derzeit eher wackelige Anlagen. Mögliche Folgen: Die Erträge der Versicherungsanbieter könnten künftig sinken und damit die Höhe der privaten Vorsorge. Durch niedrige Renditen bei sicheren Staatsanleihen ist es für sie noch schwieriger, die versprochenen Zinsen zu erwirtschaften. Im schlimmsten Fall könnte die Versicherungsaufsicht BaFin schwächere Anbieter sogar ganz vom Garantiezins befreien. Der sinkt übrigens ab 2012 von 2,25 auf 1,75 Prozent.

Die führende Ratingagentur Standard & Poor's glaubt zudem, dass die Versicherer der sich weiter zuspitzenden Schuldenkrise und dem anhaltenden Niedrigzinsniveau nicht gewachsen sind. Und droht sogar mit einer Herabstufung. Das würde wiederum die Banken und Staaten treffen – ein Teufelskreis.

Rentner müssen künftig wohl enger zusammenrücken. Denn die aktuelle Schuldenkrise gefährdet die Altersvorsorge.



Kommt jetzt bald die totale Überwachung?

Video-Drohnen sollen alles filmen, was wir tun

BERLIN Gerade erst wurde bekannt, dass die Spionagesoftware, der Staatstrojaner, seit 2009 über 100 Mal eingesetzt wurde, da lässt die EU die nächste Bombe platzen: Sie plant, mit dem Forschungsprojekt „Indect“ eine Plattform zu entwickeln, auf der alle möglichen Daten ausgetauscht und gesichert werden können. Die dafür

benötigten Informationen werden aus verschiedenen Quellen zusammengetragen. Mit dabei: eine Software, die Blogs und soziale Netzwerke im Internet überwacht sowie Telefongespräche oder persönliche Email-Kontakte und somit Informationen aus der Vorratsdatenspeicherung.

Doch damit nicht genug: Die EU will die Bürger auch



An vielen Bahnhöfen hängen bereits Kameras.



Mit einer solchen Mini-Drohne – ein sogenannter SensoCopter – hat die Polizei erstmals 2008 Castor-Transporte überwacht.

auf der Straße im Auge behalten. Mit unbemannten Luftfahrzeugen, sogenannten Drohnen, könnte dann jeder identifiziert und sogar verfolgt werden!

Droht uns jetzt etwa die totale Überwachung? Fakt ist: „Indect“ wird 2012 bei der Fußball-EM in Polen und der Ukraine getestet. Die Europäische Union fördert das Projekt bis zum Jahr 2014 mit knapp 15 Millionen Euro. Deutschland hat bereits zugesagt – und beteiligt sich mit zehn Prozent an den Kosten. Das Geld wird natürlich aus Steuern finanziert...

AZ kompakt

Erste Steuersünder durchsucht

BERLIN Die Polizei hat es offenbar eilig: Bereits seit Freitag gibt es in ganz Deutschland Durchsuchungen bei Steueründern mit Schwarzgeldkonten in Luxemburg. Wie Oberstaatsanwalt Bernd Bieniosek der „BamS“ sagte, hatte es Razzien an mehreren Standorten einer Vermögensberatung in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg gegeben. Die Ermittlungen richten sich gegen rund 3000 Steuersünder.

Finanzministerium: Viele mit Nebenjob

BERLIN Jeder zwölfte Mitarbeiter im Bundesfinanzministerium hatte 2010 einen Nebenjob! Das bestätigte das Ministerium auf Anfrage der Grünen. Demnach würden viele der Angestellten nach Dienstschluss Vorträge halten oder an Diskussionsrunden teilnehmen. Einige arbeiteten aber auch im Clownstheater, als Nagelpflegerin oder Tauchlehrer. Der Verdienst lag dabei im Schnitt bei 1400 Euro. Einmal sogar bei gut 20.000 Euro im vergangenen Jahr.

Gesundheitsreform für Obama zu teuer

WASHINGTON US-Präsident Barack Obama rudert zurück: Er hat zugegeben, dass die von ihm durchgesetzte Gesundheitsreform einfach zu teuer ist. Deshalb streicht die Regierung jetzt erst einmal ein geplantes Versicherungsprogramm zur Langzeitpflege. Das Programm sollte komplett durch Beiträge der Versicherten finanziert werden, was die Gebühren nach oben getrieben hätte – dafür haben die Amerikaner kein Geld.

Gewalt im Jemen eskaliert erneut

SANAA In der jemenitischen Hauptstadt Sanaa ist erneut Blut geflossen. Heckenschützen des bedrängten Präsidenten Ali Abdullah Salih haben auf unbewaffnete Demonstranten geschossen und über 20 der Salih-Gegner getötet. Dutzende wurden verletzt, das Innenministerium dementierte die Berichte über Regimegewalt. Seit acht Monaten verlangen Hunderttausende den Rücktritt Salihis, 1500 Menschen sollen seitdem getötet worden sein.